

DIESELFahrverbote sind keine Option



Der Verband Verkehrswirtschaft und Logistik Nordrhein-Westfalen e.V. (VVWL) nimmt zu den Vorschlägen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks Stellung und kritisiert die geplanten Straßensperrungen für dieselfetriebene Fahrzeuge scharf.

Unserer Auffassung nach würde eine Sperrung für dieselfetriebene Fahrzeuge nicht nur auf einige wenige Straßenzüge begrenzt bleiben. So ist beispielsweise die Reuterstraße in Bonn im Jahresdurchschnitt 2015 mit 50 Mikrogramm Stickoxiden pro Kubikmeter belastet gewesen. Würde diese Straße für Dieselfahrzeuge gesperrt, würden jene auf das umliegende Straßennetz ausweichen. Selbst wenn es dadurch nicht zu erheblichen Staulagen auf den Ausweichrouten sowie zu Umwegkilometern kommen sollte, in deren Folge die absoluten Emissionen im Stadtgebiet anstiegen, wird doch die Emissionsbelastung auf den Ausweichrouten alleine durch die zusätzlichen Fahrzeuge unausweichlich steigen. Da die Hintergrundbelastung für große Teile Bonns (und somit natürlich

auch für die Reuterstraße und die umliegenden Straßenzüge) bereits bei 30 Mikrogramm/cbm liegt und auch auf den Ausweichstrecken durch die lokalen Emissionen der Grenzwert bereits erreicht oder sogar geringfügig überschritten wird, ist unzweifelhaft, dass steigende Verkehre auf den umliegenden Straßenzügen dort zu einer weiteren handlungsbedürftigen Überschreitung führen werden. Wir befürchten so einen „Domino-Effekt“, worauf hin mittelfristig größere innerstädtische Gebiete für Dieselfahrzeuge gesperrt würden.

Wir befürchten extreme Auswirkungen für die Verkehrswirtschaft, ohne dass der Umwelt und der Gesundheit gedient wäre. Diesel als Treibstoff ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt für schwere Nutzfahrzeuge völlig alternativlos. Lediglich im Bereich der Zustellfahrzeuge gibt es wenige Prototypen, die als LNG-Hybride oder elektromotorisch betrieben werden. Marktreife, in Serie gefertigte Fahrzeuge mit alternativer Antriebstechnologie gibt es derzeit nicht.

Wir betonen, dass wir keinesfalls Menschenleben gegen Gewinne aufrechnen wollen. Vielmehr glauben wir, dass durch Sperrung von Straßenzügen für Dieselfahrzeuge die Gesamtemissionen von Stickoxiden, Feinstaub und Klimagasen ansteigen werden. Je größer das zu sperrende Gebiet ausfällt, desto gravierender werden die Auswirkungen für unsere Unternehmer. Für auf regionale Dienstleistungen spezialisierte Unternehmen (Umzug, Baustoffe, Entsorgung, Belieferung innerstädtischen Handels) wäre die schiere Existenz bedroht. Für die Bevölkerung wäre die Grundversorgung in den betroffenen Gebieten nicht mehr gewährleistet. Die überwältigende Mehrheit aller Taxen und Krankenwagen fährt mit Dieselmotoren und die Zustellung von Waren in örtliche Geschäfte wird genauso mit Dieselmotoren erledigt wie die Entsorgung des Hausmülls. Sollten Kommunen die Versorgung der Bevölkerung mit Ausnahmegenehmigungen gewährleisten sehen, würden die Bemühungen um saubere Luft zur Farce werden.

Bereits vor zwei Jahren lag der Anteil schwerer Nutzfahrzeuge mit Euro V-Motoren oder besseren Motoren bei über 65 %. Die Mehrzahl der Unternehmen hat also in umweltverträgliche Technologie investiert. Werden jetzt, bevor auch nur annähernd eine Abschreibung (geschweige Amortisation) erreicht ist, diese Fahrzeuge als völlig veraltet und die getätigten Investitionen als sinnlos dargestellt, ist das ein Schlag ins Gesicht all jener Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich um unsere Umwelt im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemüht haben.

Quelle und Foto: VWL